

per E-Mail: [info@publikumskonferenz.de](mailto:info@publikumskonferenz.de)

Mitteldeutscher Rundfunk · Kantstraße 71-73 · 04275 Leipzig

Ständige Publikumskonferenz  
der öffentlich-rechtlichen Medien e.V.  
Herrn Jens Köhler



MITTELDEUTSCHER RUNDFUNK

JURISTISCHE DIREKTION

Kantstraße 71-73  
04275 Leipzig  
Postanschrift 04360 Leipzig  
Tel.: (0341) 3 00 0  
[www.mdr.de](http://www.mdr.de)

**Ihre Programmbeschwerde vom 22.05.2022**  
**Sendung MDR AKTUELL vom 06.05.2022, 19:30 Uhr**  
**Berichterstattung über den Krieg in der Ukraine**

Sehr geehrter Herr Köhler,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 22.05.2022. Die Intendantin hat mich darum gebeten, Ihnen in ihrem Auftrag zu antworten.

Ihre Beschwerde richtet sich gegen die Berichterstattung über den Krieg in der Ukraine, die am 06.05.2022 um 19:30 Uhr in der Nachrichtensendung MDR AKTUELL gesendet worden ist. Die Beiträge behandeln die geplanten Panzerlieferungen der Bundesrepublik Deutschland an die Ukraine, die Besetzung der Stadt Mariupol und die Vorwürfe gegen Russland, Kriegsverbrechen begangen zu haben.

Sie bringen in Ihrem Schreiben zum Ausdruck, dass Sie unsere Berichterstattung als „Kriegstreiberei“ wahrnehmen und beanstanden inhaltlich im Wesentlichen, dass - nach Ihrer Auffassung - die Berichterstattung des MDR unbewiesene Tatsachen verbreite, die ARD keine eigenen Korrespondentinnen bzw. Korrespondenten vor Ort einsetze und eine einseitige Berichterstattung zu Gunsten der Ukraine erfolge.

Wir nehmen Ihre Beschwerde sehr ernst. Deshalb habe ich die zuständige Programmdirektion um eine ausführliche Stellungnahme gebeten und Ihre Vorwürfe eingehend geprüft.

Nach Sichtung der beanstandeten Beiträge und Prüfung Ihrer Eingabe zusammen mit der Stellungnahme der Redaktion komme ich zum Ergebnis, dass Ihre Beschwerde unbegründet ist. Denn in

Datenschutzinformationen: [www.mdr.de/datenschutzhinweise](http://www.mdr.de/datenschutzhinweise)

Leipzig, 22.08.2022

Seite 1/4

ks

220822-OS-Köhler-AW-BRF.docx

II PR 14 / VIS

Honorarprofessor

Dr. Jens-Ole Schröder

Juristischer Direktor

Tel.: +49.(0)341.300-7500

Fax: +49.(0)341.300-7530

[juristischedirektion@mdr.de](mailto:juristischedirektion@mdr.de)

Gesetzlicher Vertreter des MDR ist die Intendantin. Der MDR kann auch durch von der Intendantin Bevollmächtigte vertreten werden. Auskünfte über den Kreis der Bevollmächtigten und den Umfang der Vollmachten erteilt der Juristische Direktor des MDR.

den von Ihnen beanstandeten Beiträgen wurde weder gegen den Programmauftrag des MDR (§ 6 MDR-Staatsvertrag) noch gegen die Programmgrundsätze, wie sie in § 8 MDR-Staatsvertrag verankert sind, verstoßen.

Der MDR hat gemäß den Vorschriften in § 6 und § 8 MDR-Staatsvertrag in seinen Angeboten bestimmte Maßgaben zu beachten. Dazu gehört, dass der MDR einen objektiven und umfassenden Überblick über das internationale, europäische und nationale Geschehen zu geben hat (§ 6 MDR-Staatsvertrag) sowie Nachrichten und Berichte gemäß dem Gebot der journalistischen Sorgfaltspflicht gewissenhaft zu recherchieren und wahrheitsgetreu und sachlich zu halten sind (§ 8 Abs. 3 MDR-Staatsvertrag). Ziel der Berichterstattung ist es, umfassend zu informieren (§ 8 Abs. 4 Satz 4 MDR-Staatsvertrag). Ein Verstoß gegen diese Gebote ist im vorliegenden Fall nicht zu erkennen, und zwar aus folgenden Gründen:

Anlass der Berichterstattung war u.a. die gewandelte Einschätzung der Bundeswehr bezüglich der Liefermöglichkeiten von Panzerhaubitzen an die Ukraine. Entgegen Ihrer Ausführung wurden die Panzerhaubitzen im o.g. Beitrag nicht als „modernste Artilleriegeschütze weltweit“ bezeichnet. Es wird lediglich neutral dazu ausgeführt: „(...) *doch nun sollen sieben dieser Waffensysteme in die Ukraine geliefert werden (...)*“. Die Aussage des FDP-Politikers Marcus Faber sollte dabei einordnen, wie die Bundeswehr zu einer abweichenden Einschätzung gelangen konnte. Das Interview des Linken-Politikers Jan Korte zeigte in dem Zusammenhang auf, dass diese Entscheidung im Parlament kontrovers diskutiert wird und ist somit Teil der im öffentlich-rechtlichen Auftrag gemäß § 8 Abs. 4 Nr. 1 MDR-StV verankerten, politischen Meinungsvielfalt. Das im Anschluss daran darauf verwiesen wird, dass die Ausbildung ukrainischer Soldaten in der darauffolgenden Woche begonnen werden soll, ist ebenfalls Bestandteil der Entscheidung der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Lieferung der Panzerhaubitzen an die Ukraine und als sachliche Nachricht zu werten. Eine den Krieg bejahende Berichterstattung lässt sich daraus insgesamt keinesfalls ableiten.

Des Weiteren kritisieren Sie das Interview mit dem Sicherheitsexperten der Stiftung Wissenschaft und Politik Markus Kaim und dessen Herleitungen bezüglich der Stellung der Bundesrepublik Deutschland im Kriegsgeschehen zwischen Russland und der Ukraine. Mit dem Interview soll der Zuschauerin bzw. dem Zuschauer eingeordnet werden, welche Auswirkungen die Lieferung der Haubitzen an die Ukraine für die Stellung der Bundesrepublik haben kann. Bei den Aussagen des Experten handelt es sich um eine persönliche Wertung, die als reine Meinungsäußerung grundsätzlich nicht justiziabel ist. Anderes würde nur gelten, wenn die Meinung jeder Tatsachengrundlage entbehrt. Dies ist jedoch vorliegend nicht der Fall. Wie Sie selber ausführen, schätzen andere Politiker und Völkerrechtler die Sachlage lediglich anders ein und treffen entsprechend andere rechtliche Beurteilungen. Die Aussagen des Experten wurden auch nicht durch den Moderator und dessen Interviewfragen beeinflusst. Die Fragen wurden offen gestellt und Antworten nicht hinterfragt bzw. kritisiert, sodass auch hier keine tendenziöse Berichterstattung vorliegt.

Zudem kritisieren Sie die Berichterstattung über die Belagerung der Stadt Mariupol und die Vorwürfe gegen Russland, ukrainische Geflüchtete gegen ihren Willen nach Russland verbracht zu haben, als falsch. Durch den Austausch vor Ort mit Einwohnerinnen und Einwohnern könnte das Ihrer Ansicht nach bewiesen werden. Die Berichte über die Belagerung der Stadt Mariupol hat die zuständige Redaktion unter Verwendung der ihr zur Verfügung stehenden Quellen aufbereitet und gewissenhaft recherchiert. ARD-Korrespondentinnen und -Korrespondenten sind im Ausland im Einsatz, können aber nicht überall gleichzeitig in den unterschiedlichen Regionen eines Landes vor Ort sein. Deshalb



stammt das Material zudem aus dem internationalen Nachrichtenaustausch. Darunter sind neben großen, für die jeweilige Region zuständigen Fernsehsendern auch renommierte Nachrichtenagenturen wie Reuters, AP (Associated Press) oder AFP (Agence France Presse), die abhängig von der Lage in der jeweiligen Region Korrespondentinnen und Korrespondenten direkt vor Ort einsetzen. Deren Material wird nach international anerkannten Standards produziert und gilt grundsätzlich als privilegierte Quelle. Soweit solche Quellen übereinstimmend berichten, besteht für die Redaktion deshalb weder Anlass noch Verpflichtung, den Wahrheitsgehalt erneut zu überprüfen.

In der Meldung der Nachrichtenagentur dpa vom 06.05.2022 um 09:30 Uhr hieß es u.a.: „Nach Angaben der Ukraine konnten im Zuge der jüngsten Evakuierung des Stahlwerks Azovstal in der belagerten Hafenstadt Mariupol bisher 500 Zivilisten befreit werden. (...) Zuvor hatte schon UN-Generalsekretär António Guterres von 500 Zivilisten gesprochen, die dank der Vereinten Nationen und des Roten Kreuzes aus der bis auf das Stahlwerk weitestgehend eingenommenen südostukrainischen Stadt fliehen konnten.“.

Auch bezüglich der Informationen zu den Vorwürfen gegen Russland, ukrainische Geflüchtete gegen ihren Willen nach Russland verbracht zu haben, ist kein Verstoß gegen Programmgrundsätze ersichtlich. In der Meldung der Nachrichtenagentur dpa vom 06.05.2022 um 09:30 Uhr hieß es u.a.:

„In Mariupol sollen sich nach Angaben des Bürgermeisters noch mehr als 100.000 Menschen aufhalten. Es gibt auch viele Berichte über Ukrainer, die gegen ihren Willen nach Russland verschleppt worden sein sollen.“.

Entgegen Ihrer Aussage hieß es im Beitrag in zulässiger Weise: „Währenddessen mehren sich Vorwürfe über mutmaßliche russische Kriegsverbrechen. So sollen mehr als 1 Mio. ukrainischer Bürger seit Kriegsbeginn nach Russland gebracht worden sein, viele gegen ihren Willen.“ und nicht wie von ihnen kritisiert „(...) dass die meisten der 1 Mio. nach Russland gereisten Flüchtlingen gegen Ihren Willen nach Russland verbracht worden seien.“.

Es wurde zudem anschließend auch die Stellungnahme Russlands zu den Vorwürfen wiedergegeben, sodass keinesfalls von einer einseitigen Berichterstattung auszugehen ist. „*Auch im UN-Sicherheitsrat werden diese Vorwürfe debattiert. Die russische Seite bezeichnet sie als weitere Lügen gegen ihr Land, die einem anderen Ziel dienen würden.* (Es folgt der O-Ton des ständigen Vertreters Russland bei den Vereinten Nationen Wassili Alexejewitsch Nebensja.) *Es gibt diese Völker und Länder, die sehr durchtrieben sind. Die schon lange davon geträumt haben, die Ukraine als eine Art Brückenkopf zu nutzen für einen Krieg gegen Russland. Und sie haben alles getan, um dieses Ziel zu erreichen. Seit die Ukraine vor 30 Jahren unabhängig wurde.*“

Auf der von Ihnen angegebenen Website von „The UN Refugee Agency“ (nachfolgend „UNHCR“) konnten wir die von Ihnen zitierten Zahlen bezüglich nach Russland geflohener Ukrainer nicht nachvollziehen.

Sowohl in der Pressemitteilung vom 25.03.2022 (<https://www.unhcr.org/dach/de/75307-unhcr-und-iom-begruessen-die-deutsche-initiative-zur-aufnahme-von-fluechtlingen-aus-der-ukraine-die-nach-moldau-geflohen-sind.html>) als auch dem Bericht vom 26.04.2022 (<https://www.unhcr.org/dach/de/76269-weitere-unterstuetzung-von-fluechtlingen-aus-der-ukraine-und-nachbarlaendern-dringend-noetig.html>) wurde stets nur von einer Gesamtzahl der ins Ausland bzw. im Inland geflüchteten Personen berichtet. Konkrete Zahlen zu den aus Mariupol nach Russland Geflohenen konnten wir den Informationen nicht entnehmen.

Die Informationen über internationale Menschenrechtsorganisationen, die Hinweise auf russische Kriegsverbrechen in der Ukraine verfolgen, stammen ebenfalls von anerkannten



Nachrichtenagenturen. Dazu hieß es u.a. in der Meldung der Nachrichtenagentur AP vom 06.05.2022 um 13:40 Uhr: „Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International hat nach eigenen Angaben umfangreiche Kriegsverbrechen russischer Soldaten in Gemeinden rund um die ukrainische Hauptstadt Kiew dokumentiert. Als Beispiele wurden willkürliche Hinrichtungen, Bombardierungen von Wohnhäusern und Folter genannt. «Das Muster der von russischen Streitkräften begangenen Verbrechen, das wir dokumentiert haben, umfasst sowohl rechtswidrige Angriffe als auch vorsätzliche Tötungen von Zivilisten», sagte Agnes Callamard, Generalsekretärin von Amnesty International, in einer Mitteilung am Freitag. (...) Amnesty erklärte, es seien Beweise und Zeugenaussagen in acht Städten nahe Kiew gesammelt worden, darunter auch Butscha.“

Entgegen Ihrer Auffassung wird in der Berichterstattung nicht behauptet, dass sich die 12-tägige Untersuchung von Amnesty International mit der Frage beschäftigt, ob ukrainische Geflüchtete freiwillig oder unfreiwillig nach Russland geflohen sind. Vielmehr geht es um die Vorwürfe zu vermeintlichen Kriegsverbrechen, die durch Russland begangen worden sein sollen. Im Bericht wird dazu ausgeführt: *„Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International hat nun einen Bericht vorgelegt über mutmaßliche russische Kriegsverbrechen in der Ukraine. Nach 12-tägigen Recherchen im Großraum Kiew sehen sie zwingende Beweise für wahllose Folterungen und Erschießungen durch russische Truppen.“*

In allen Beiträgen wurden die Agentur-Meldungen in journalistisch zulässiger Weise wiedergeben, um das zur Verfügung stehende Bildmaterial mit einem passenden Text entsprechend einzuordnen.

Den Vorwurf, die beanstandete Berichterstattung sei nicht gewissenhaft recherchiert, kann ich aus den genannten Gründen ebenso wenig nachvollziehen wie Ihre Ansicht, Teile des Beitrags seien „Kriegstreiberei“.

Ein Verstoß gegen die im MDR-Staatsvertrag normierten Angebotsgrundsätze liegt somit nicht vor. Deshalb sehe ich auch keine Möglichkeit, Ihrer Programmbeschwerde abzuhelpfen.

Unabhängig davon kann ich Ihnen versichern, dass der MDR selbstverständlich ausführlich berichten wird, sobald die Ergebnisse der laufenden Untersuchungen unabhängiger internationaler Organisationen zu den Vorwürfen gegen Russland vorliegen.

Mit freundlichen Grüßen

Honorarprofessor Dr. Jens-Ole Schröder